

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 17. Juni 2010

180 Euro teurer

Heizen, tanken, Wäsche waschen: Die privaten Haushalte gehören zu den größten Energieverbrauchern in Deutschland. Doch die Kosten für Strom, Erdgas und Kraftstoff haben in den vergangenen Jahren so angezogen, dass ein Drei-Personen-Haushalt mit zwei Autos heutzutage im Schnitt rund 180 Euro monatlich mehr für Energie aufwenden muss als 1998. Hauptursache dafür ist der Anstieg der globalen Energiepreise, der durch die starke Nachfrage von Ländern wie China und den USA befeuert wurde. Zweitgrößter Preistreiber war der Staat: Die Einfüh-

rung der Ökosteuer, Umlagen für erneuerbare Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent haben die Energiekosten in Deutschland zusätzlich in die Höhe getrieben. Besonders hart trifft die Preisentwicklung jene Menschen, die in schlecht isolierten Häusern leben, sowie Pendler, die auf ein Auto angewiesen sind, um damit zur Arbeit zu fahren. Auch der Trend zu sparsameren Fahrzeugen und effizienterer Haushaltstechnik dürfte den Anstieg der Energiekosten nicht aufhalten.

In dieser Woche

China: Mit einem Warenwert von 1,2 Billionen Dollar katapultierte sich das Reich der Mitte 2009 erstmals auf Platz eins der Exportnationen. Seine Spitzenposition erreichte das Land vor allem mit der Ausfuhr von Produkten des Verarbeitenden Gewerbes. Besonders gefragt sind chinesische Maschinen und Elektronikprodukte. Seite 2

Nachfrage & Produktion: Die wirtschaftliche Erholung Deutschlands hat sich im ersten Quartal 2010 fortgesetzt – allerdings recht moderat. Gebremst wurde der Aufschwung vor allem durch den verhaltenen privaten Konsum und die Bauinvestitionen, die durch den strengen Winter einen gehörigen Dämpfer erlitten. Seite 3

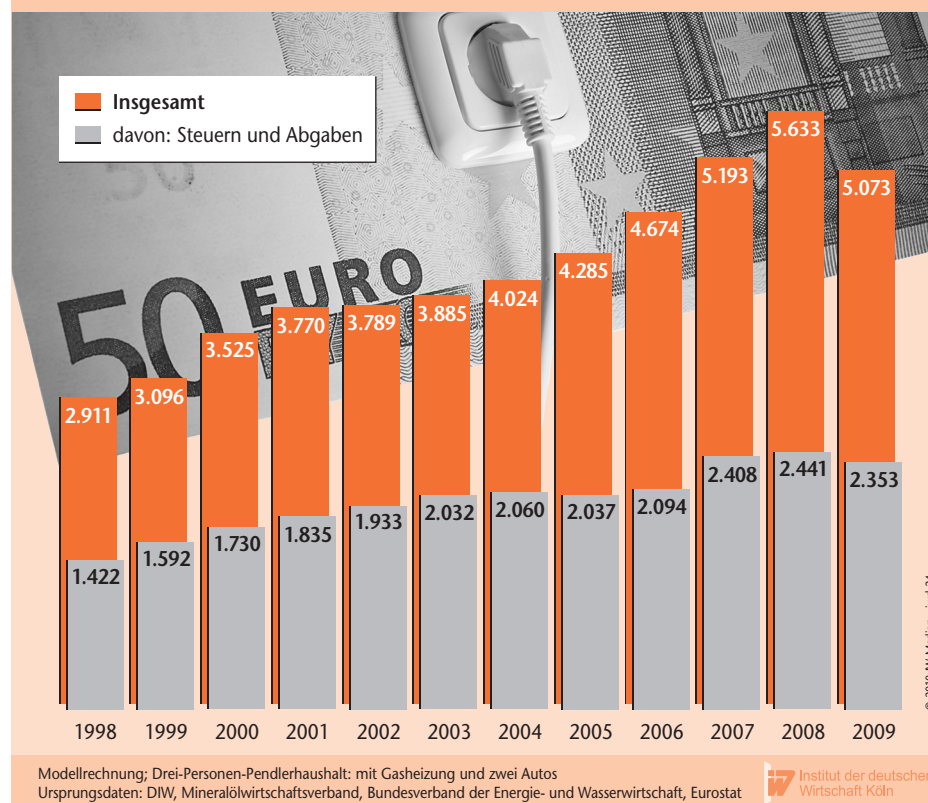
Haushaltskonsolidierung: Das Sparprogramm der Bundesregierung trifft alle Sektoren, aber nicht alle Menschen. Rentner zum Beispiel sind vom Konsolidierungspaket vollständig ausgenommen. Statt dessen müssen Familien, Hartz-IV-Empfänger, die Beamten und die Unternehmen in den kommenden vier Jahren den öffentlichen Haushalt entlasten. Seite 4-5

Akademikermangel: Deutschlands Bedarf an Hochschulabsolventen steigt – allein in den nächsten 15 Jahren werden nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln mehr als vier Millionen Jungakademiker gebraucht. Vor allem im Osten dürfte der Mangel an hochqualifizierten Mitarbeitern zu Engpässen führen. Seite 6-7

Globale Investitionen: Dieses Jahr dürften weltweit rund 13.700 Milliarden Dollar für neue Produktionsanlagen, Maschinen und Gebäude ausgegeben werden, das sind 1.300 Milliarden Dollar mehr als 2009. Vor allem die Schwellen- und Entwicklungsländer investieren so viel Geld wie nie zuvor. Seite 8

Energiekosten: Enorm geklettert

Jährliche Kosten eines Drei-Personen-Pendlerhaushalts für Strom, Erdgas und Kraftstoff, in Euro



China

Mit Tempo auf Platz eins

Seit Jahren glänzt China mit einem starken Exportwachstum. Im vergangenen Jahr konnte die Volksrepublik Deutschland als Exportland Nummer eins überholen. Das Reich der Mitte zählt allerdings andere Staaten zu seinen wichtigsten Handelspartnern als die Bundesrepublik. Die Struktur der gehandelten Waren ist dagegen in beiden Ländern ähnlich.

Seit vielen Jahren profitiert Deutschland von seinem starken Exportsektor. Der sogenannte Außenbeitrag – die Differenz zwischen dem Wert der aus- und eingeführten Waren und Dienstleistungen – war und ist noch immer ein wichtiger Faktor für das deutsche Wirtschaftswachstum. In den vergangenen Jahren hat die Bundesrepublik mit China allerdings einen großen Konkurrenten auf dem globalen Markt bekommen:

China wurde 2009 mit einem Exportvolumen von 1,2 Billionen Dollar erstmals weltgrößter Warenlieferant.

Dass das Reich der Mitte Deutschland auf dem ersten Platz ablöst, war bereits seit längerem abzusehen. Denn die Wachstumsraten des Mitbewerbers stellen alles in den Schatten: So nahmen die chinesischen Ausfuhren zwischen 2000 und 2009 trotz Wirtschafts- und Finanzkrise um jahresdurchschnittlich 19 Prozent zu. Zum Vergleich: In Deutschland reichte es im selben Zeitraum lediglich zu einem Plus von gut 8 Prozent. Und obwohl beide Länder die Weltspitze vor den USA verteidigen, unterscheiden sie sich auch noch in einigen anderen Dingen beachtlich:

- **Handelspartner:** Deutliche Diskrepanzen zwischen den beiden Staaten gibt es hinsichtlich der jeweils wichtigsten Handelspartner. Für die Unternehmen zwischen Flensburg und Füssen ist die Sache klar: Am meisten wird an jene Länder geliefert, die sich in unmittelbarer Nachbarschaft befinden, also etwa Frank-

reich, Italien sowie die mittel- und osteuropäischen EU-Länder. Unterm Strich gingen im vergangenen Jahr gut 63 Prozent der deutschen Warenexporte in die Staaten der Europäischen Union. Knapp 7 Prozent der Exporte verließen Deutschland Richtung USA, den wichtigsten Handelspartner außerhalb der EU.

Im Vergleich dazu ist das Reich der Mitte breiter aufgestellt. Ein Grund: Unternehmen aus aller Welt investieren in China, um von dort aus in andere Länder ihre Produkte zu liefern. Zudem spielen die unmittelbaren Nachbarn in Asien zwar eine große Rolle, jedoch nicht die wichtigste (Grafik):

Im Jahr 2008 waren die USA mit einem Anteil von fast 18 Prozent das bedeutendste Zielland chinesischer Exporte. Auf den Plätzen zwei und drei folgten Hongkong und Japan.

Die Wirtschaftsbeziehungen zu Japan und den Vereinigten Staaten beruhen auf Gegenseitigkeit: Von ihnen bezieht China einen Großteil seiner Importe.

Auch mit Deutschland macht Peking gute Geschäfte. So gingen im Jahr 2008 rund 4 Prozent der chinesischen Exporte in die Bundesrepublik, die damit auf dem fünften Platz im Exportranking landete. Aus Deutschland selbst sind besonders Maschinen gefragt. Unterm Strich waren rund 5 Prozent aller chinesischen Importe im Jahr 2008 made in Germany. Dies reichte für Platz vier der Import-Charts.

- **Warenstruktur:** Ein Blick auf die gehandelten Waren zeigt, dass sich China und Deutschland recht ähnlich sind – obwohl man vermuten könnte, dass ein Entwicklungsland wie China vor allem arbeitsintensive Waren wie etwa landwirtschaftliche Erzeugnisse, Textilien oder Bekleidung ins Ausland verkauft. Doch der Anteil dieser Warengruppen lag im Jahr 2008 nur bei 3 bzw. 13 Prozent. Alleine damit kann offensichtlich kein Land mehr Exportweltmeister werden:

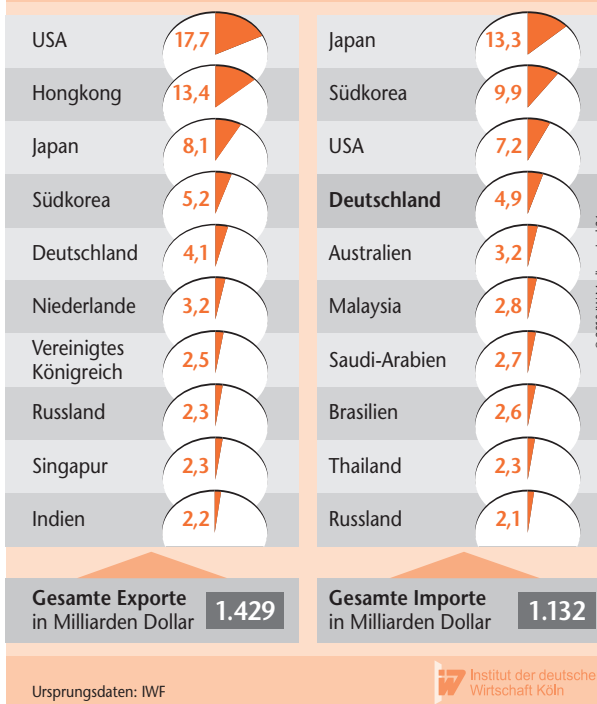
Im Jahr 2008 entfielen 93 Prozent der chinesischen Warenausfuhren auf Produkte des Verarbeitenden Gewerbes, in Deutschland lag dieser Anteil bei 87 Prozent.

Vor allem Maschinen sowie Elektronikprodukte sind bedeutende chinesische Exporte – 47 Prozent der Ausfuhren kommen mittlerweile aus diesem Sektor, in Deutschland sind es gut 49 Prozent. Im Vergleich dazu spielen die Chemische Industrie mit einem Anteil von rund 5 Prozent sowie Komponenten der Autoindustrie mit 2 Prozent für Chinas Exporte kaum eine Rolle. In Deutschland hatten diese Branchen dagegen 2008 mit jeweils über 15 Prozent ein wesentlich höheres Gewicht.

Dass sich die gehandelten Waren so ähneln, liegt vor allem daran, dass sich China in den vergangenen Jahren für internationale große Unternehmen geöffnet hat – diese verpassen dem Außenhandel mehr und mehr ein neues Gesicht.

China: Die wichtigsten Handelspartner

So viel Prozent der Exporte und Importe Chinas entfielen 2008 auf diese Länder



Nachfrage & Produktion: Der Bau bremst

Die Investitionen waren in Deutschland im ersten Quartal 2010 insgesamt rückläufig. Der Grund dafür: Der leichte Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen stand ein witterungsbedingter Rückgang der Bauinvestitionen gegenüber.

Im ersten Quartal 2010 hat sich die wirtschaftliche Erholung in Deutschland fortgesetzt, wenngleich nur mit einem moderaten Tempo. Das Bruttoinlandsprodukt lag preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigt um 0,2 Prozent über dem Wert des vorhergehenden Quartals.

Den Aufwärtstrend gebremst hat vor allem der verhaltene private Konsum; auch von der Außenwirtschaft kamen wenige Impulse. Positive Signale setzten unter anderem Unternehmen, die ihre Lagerbestände aufstockten.

Bei den Investitionen zeigte sich ein gemischtes Bild: Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich leicht nach oben bewegt, nachdem die Zahlen im Winterhalbjahr 2008/2009 stark eingebrochen waren und sich dann auf niedrigem Niveau eingependelt hatten. Trotz des Anstiegs im ersten Quartal des Jahres 2010 gegenüber dem Vorquartal (plus 1,6 Prozent) orderten Unternehmen aber immer noch gut 20 Prozent weniger Maschinen und Produktionsanlagen als im Boom vor zwei Jahren. Eine Aufholjagd dürfte nicht stattfinden, da die meisten Betriebe ihre bestehenden Kapazitäten in diesem Jahr kaum auslasten werden.

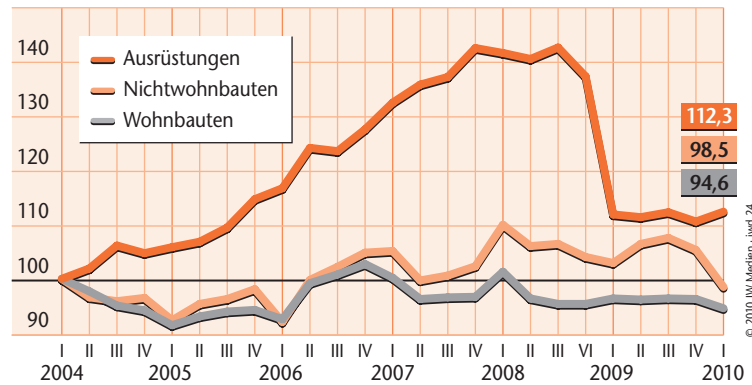
Deutlich zurückgegangen sind im ersten Quartal 2010 die Bauinvestitionen. Das Krisenjahr 2009 hatten sie noch relativ gut überstanden – dank der damals noch recht guten Finanzlage der Kommunen und der Konjunkturprogramme, die den öffentlichen Investitionen ordentlich Auftrieb verschafft haben. Der strenge Winter zu Beginn dieses Jahres verpasste der Bauwirtschaft allerdings einen gehörigen Dämpfer. Unterm Strich dürften die Bauinvestitionen aufgrund von Nachholeffekten im Jahr 2010 jedoch leicht zulegen.



Die Konjunktur

Investitionen: Spuren der Krise

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, 1. Quartal 2004 = 100

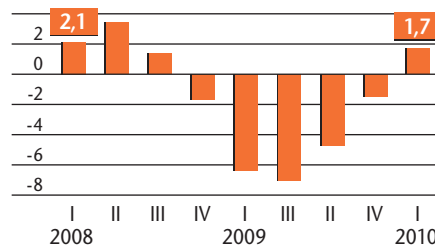


Ausrüstungen: z.B. Maschinen, Produktionsanlagen
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Bruttoinlandsprodukt

Quartalswerte – reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Jahr	Veränderung (%)
2007	2,5
2008	1,3
2009	-4,9

Verwendung des Inlandsprodukts
 Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent I. Quartal 2010

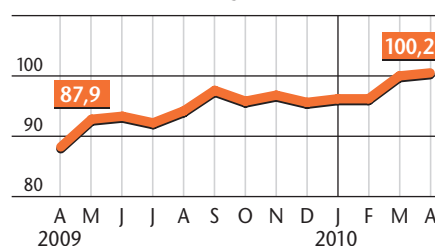
Inlandsnachfrage	0,1
Privater Konsum	-1,2
Staatlicher Konsum	2,4
Ausrüstungsinvestitionen	0,8
Bauinvestitionen	-3,1
Sonstige Anlagen	6,0
Ausfuhr	7,5
Einfuhr	4,2

Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Industrieproduktion

Monatswerte
 2005 = 100; saisonbereinigt



Jahr	Wert (Index)
2007	113,1
2008	113,4
2009	93,2

Produktion nach Wirtschaftsgruppen
 Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent April 2010

Industrie	14,1
– Vorleistungsgüter	21,1
– Investitionsgüter	14,2
– Gebrauchsgüter	9,6
– Verbrauchsgüter	-0,4
Energie	12,2
Bauhauptgewerbe	4,8
Produzierendes Gewerbe	13,3

Industrie: Produzierendes Gewerbe ohne Energie und Bauleistungen
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Haushaltskonsolidierung

Milliardenpaket mit Macken

Die Bundesregierung muss sparen: Zum einen, um die aus den Konjunkturpaketen resultierenden Defizite zu reduzieren. Zum anderen müssen die Vorgaben aus der sogenannten Schuldenbremse beachtet werden. Deshalb hat Schwarz-Gelb jetzt ein Sparpaket vorgelegt. Es ist zwar kein großer Wurf, weil man sich an einige große Haushaltsposten nicht herangetraut hat und in vielen Fällen konkrete Einsparvorschläge fehlen. Eine Mogelpackung, wie viele meinen, ist es aber auch nicht.

Deutschland darf in puncto Verschuldung zwei Grenzen nicht oder nur zeitweilig überschreiten:

- Das erste Limit gibt der Europäische Stabilitätspakt vor. Die Europäische Kommission hat bereits ein Defizitverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Sie forderte die Bundesregierung auf, das Haushaltsloch bis zum Jahr 2013 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu verkleinern und im kommenden Jahr erste Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten.
- Die zweite Grenze zieht die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse. Danach muss der Bund bis 2016 sein strukturelles Defizit schrittweise auf 0,35 Pro-

zent des BIP bzw. rund 10 Milliarden Euro zurückführen (Grafik Seite 5).

Um beide Vorgaben einzuhalten, muss der Bund seine Ausgaben kürzen – oder seine Einnahmen erhöhen. Dabei ist die erste Variante der sinnvollere Weg. So gibt es über die Erfolgsaussichten von Sparprogrammen und ihre konjunkturellen Auswirkungen eine Vielzahl von länderübergreifenden empirischen Untersuchungen. Danach sind Konsolidierungsversuche, die vorwiegend Ausgabenkürzungen umfassen, in der Regel wesentlich erfolgreicher als Versuche, die hauptsächlich auf Einnahmeverbesserungen, also Steuererhöhungen, setzen.

Die Erfolgsaussichten sind dabei besonders gut, wenn bei den Sozialtransfers und beim öffentlichen Personal gespart wird. Die EU-Kommission listet allein neun länderübergreifende Studien auf, die dies bestätigen, und kommt bei ihrer eigenen Untersuchung zu einem ähnlichen Ergebnis. Demzufolge hat die Bundesregierung grundsätzlich die richtigen Schwerpunkte gesetzt.

Im Jahr 2011 will sie loslegen und 11 Milliarden Euro gegenüber den bisherigen Planungen einsparen bzw. aus neuen Steuern gewinnen. Dann kommen Jahr für Jahr weitere Päckchen obendrauf (Grafik):

Insgesamt möchte der Bund mit dem Konsolidierungspaket seinen Haushalt in den nächsten vier Jahren um knapp 82 Milliarden Euro entlasten.

Davon entfallen 30 Milliarden Euro auf soziale Leistungen, 29 Milliarden Euro schultern die Unternehmen und 23 Milliarden Euro trägt der Bund selbst, indem er seine Bürokratie verschlankt und die Bundeswehr verkleinert.

Damit sind die Einsparungen relativ gleichmäßig verteilt. Die sozialen Leistungen werden zwar am stärksten gekürzt; der Sozialetat macht derzeit mit 173 Milliarden Euro aber auch 54 Prozent des Bundeshaushalts aus. Die Zuschüsse an Unternehmen betragen dagegen nur gut 25 Milliarden Euro.

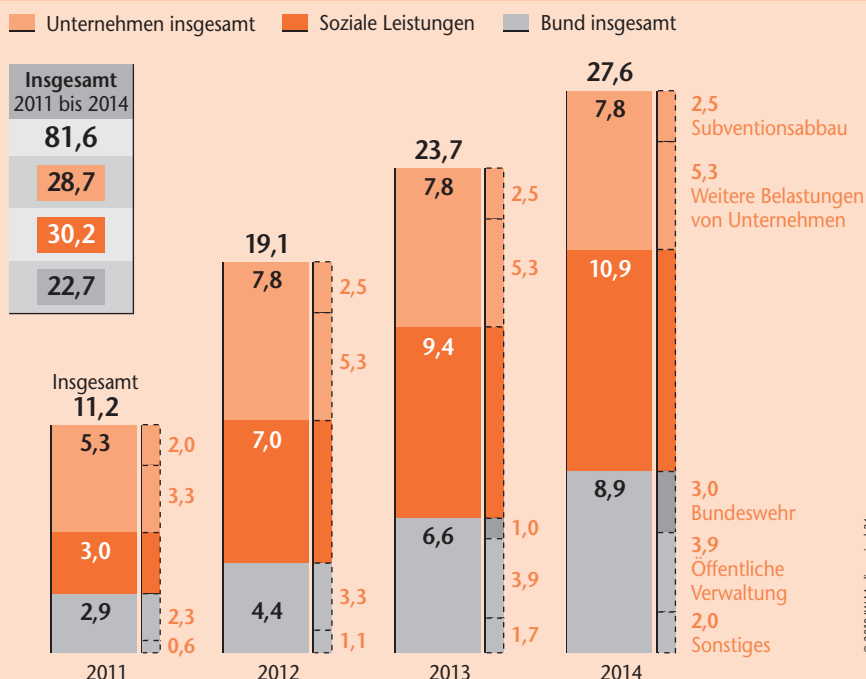
Trotz oder vielleicht gerade wegen dieser gleichmäßigen Verteilung der Belastungen ist die Kritik an dem Sparprogramm von allen Seiten groß. Es beinhaltet Luftbuchungen, sei ungerecht und komme zum falschen Zeitpunkt. Im Detail ist die Kritik durchaus berechtigt, im Grundsatz jedoch nicht:

1. Vielfach heißt es: Das Sparprogramm kommt zu früh, es würgt die Konjunktur ab und man spart sich tot, wodurch die künftigen Defizite höher ausfallen als ohne Sparprogramm.

Diese Einwände kamen auch in der Vergangenheit bei jedem Anlauf, den Haushalt zu konsolidieren. Gleichwohl haben die Kritiker unrecht. Deutschland hat seine Staatsverschuldung nicht in Re-

Konsolidierungsprogramm: Alle müssen sparen

Einsparungen und Belastungen in Milliarden Euro



Weitere Belastungen von Unternehmen: z.B. Brennelementesteuer, Bankenabgabe;
Öffentliche Verwaltung: z.B. Abbau von Stellen, keine Erhöhung des Weihnachtsgelds für Beamte
Ursprungsdaten: Bundesfinanzministerium

zessionen aufgebaut, sondern weil in konjunkturell normalen oder gar guten Zeiten zu wenig gespart wurde. So lagen z.B. die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in den Jahren 1994, 1998 und 2006 zwischen 2,5 und 2,9 Prozent. Trotzdem betrug die öffentliche Neuverschuldung zwischen 1,6 und 2,3 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Grundsätzlich sollen sich die Defizite im Abschwung und die Überschüsse im Boom ausgleichen. Insofern darf aber nicht erst auf dem Höhepunkt des Booms oder kurz davor mit der Konsolidierung begonnen werden. Denn dann steht die Wirtschaft kurz vor dem nächsten Abschwung. Richtig dagegen ist, den Konsolidierungskurs einzuleiten, wenn der Tiefpunkt gerade überstanden ist.

Gegenwärtig deuten die wichtigsten Indikatoren darauf hin, dass das Konjunkturtal durchquert ist. Die Wirtschaft soll 2010 und 2011 um 1,5 bzw. 2 Prozent wachsen, der Arbeitsmarkt erholt sich sichtbar. Und kommt es wider Erwarten doch noch zu einem Rückschlag, kann die Regierung zusätzliche Ausgaben rasch beschließen, wie das jüngste Konjunkturpaket gezeigt hat.

Außerdem kann keine Rede davon sein, dass wirklich massiv gespart wird. Die Ausgabenreduzierung im kommenden Jahr entspricht weniger als 0,5 Prozent des BIP und erscheint von daher vertretbar.

2. Vor allem die Linke, Sozialverbände und Gewerkschaften monieren: Das Sparpaket ist sozial unausgewogen und ungerecht.

Hätte die Bundesregierung nicht eine Gruppe von den Konsolidierungslasten ausgenommen, wären die Einschnitte an anderer Stelle milder ausgefallen: Die Rentner wurden in den vergangenen Jahren durch die Aussetzung des Nachhaltigkeitsfaktors und die Rentengarantie einseitig begünstigt. Anders als mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz 2004 beschlossen, hat der Bund die Altersbezüge nämlich nicht gekürzt, obwohl zuletzt der Anteil der Rentner gemessen an der Zahl der Beitragszahler gestiegen ist. Dadurch werden allein 2011 rund 3,5 Milliarden Euro mehr Rente gezahlt als vorgesehen.

Zudem hätten die Renten während der Krise parallel zu den Löhnen

sinken müssen. Auch hier hat die Bundesregierung lieber 1,7 Milliarden Euro mehr Kosten für die Rente in Kauf genommen, als sich die Gunst der älteren Wähler zu verscherzen.

Gleichzeitig erhalten die Senioren über den Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung die höchsten Zuwendungen aus dem Sozialetat des Bundes: 81 Milliarden Euro. Da dieser Posten tabu war, setzten alle Lösungen bei Familien, Hartz-IV-Empfängern und der Arbeitsmarktpolitik an.

Die Streichung des befristeten Zuschlags zum Arbeitslosengeld II war zwar richtig. Eine gleichmäßigere Verteilung der Lasten unter den Transferempfängern und zumindest die Rücknahme der Rentengarantie wären trotzdem wünschenswert gewesen.

3. Ökonomen befürchten: Das Sparpaket beinhaltet Luftbuchungen.

Dies ist ein berechtigter Kritikpunkt. Die Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzmarktkrise oder die Brennelementesteuer setzen umfangreiche Rechtsänderungen voraus. Ob das klappt, ist daher völlig offen. Beide Maßnahmen sollen aber zusammen 4,3 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.

Auch die sich zwischen 2011 und 2014 von 1,5 auf 3 Milliarden Euro pro Jahr aufbauenden Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit durch eine effizientere Vermittlung von Arbeitslosengeld-II-Empfängern sind ein ungedeckter Scheck. Denn konkrete Pläne für Verbesserungen sind nicht bekannt.

4. Ein weiterer Vorwurf: Die Bundesregierung hat sich nicht an Lobbygruppen herangewagt.

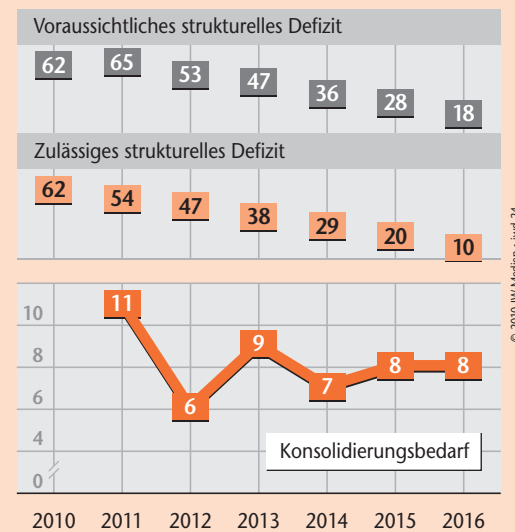
An dieser Aussage ist etwas dran. Denn beim Subventionsabbau hätte die Bundesregierung viel weiter gehen können. Sie hätte zumindest den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen abschaffen sollen, was dem Bund

Haushaltskonsolidierung: Ein steiniger Weg

Im wirtschaftlichen Abschwung entstehen Defizite, die durch Überschüsse im Aufschwung kompensiert werden sollen. In konjunkturellen Normalsituationen sollte der Haushalt ausgeglichen sein. Entsteht dennoch ein Defizit, lebt der Staat über seine Verhältnisse, d.h. das Defizit ist nicht mehr konjunkturell, sondern strukturell bedingt.

Mit der Schuldenbremse hat der Gesetzgeber festgelegt, dass der Bund sein strukturelles Defizit von 2010 bis zum Jahr 2016 in gleichmäßigen Schritten auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts herunterfahren muss – also auf rund 10 Milliarden Euro.

in Milliarden Euro



Quellen: Bundesfinanzministerium, IW-Schätzung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

immerhin jährliche Mehreinnahmen von einer halben Milliarde Euro bringen würde. Die noch von der Großen Koalition beschlossenen Mehrwertsteuerermäßigungen für Skilifte und Bergbahnen könnten wie viele andere unsinnige Ausnahmeregelungen direkt folgen.

Die mächtigsten Lobbygruppen sitzen aber nicht in der Wirtschaft, sondern es sind die Sozialverbände. Auch durch ihren Druck sind die Sozialausgaben in der Vergangenheit stetig gestiegen. Allein beim Bund ist der Anteil der Sozialleistungen an den Gesamtausgaben seit der Wiedervereinigung von 34 Prozent auf voraussichtlich 54 Prozent 2010 geklettert.

Sollte die Regierung gegen alle Widerstände ihr Sparprogramm ungeschmälert durchziehen, wird 2011, 2012 und 2013 annähernd der Betrag eingespart, der erforderlich ist, damit das gemäß Schuldenbremse zulässige strukturelle Defizit nicht überschritten wird; 2014 fehlen dazu gegenwärtig allerdings noch 5 bis 6 Milliarden Euro.

IW Köln verstärkt seine Online-Präsenz



Das Internet wird immer wichtiger – nicht zuletzt für die Öffentlichkeitsarbeit. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat deshalb seine Web-Präsenz systematisch ausgebaut und die eigene Internetseite überarbeitet.

Der Fokus von www.iwkoeln.de liegt nun noch stärker auf den IW-Themen: Das Spektrum reicht von den Arbeitskosten bis zur Zuwanderung. Rund 50 Themenseiten geben einen Überblick über die jeweilige Position des Instituts und bieten vertiefende Informationen an. Die Nutzer sehen außerdem, wer fachkundiger Ansprechpartner für ihre Belange ist, und können direkt in Kontakt mit ihm oder ihr treten. Alle Wissenschaftler und Projektverantwortlichen stehen zudem in einer übersichtlichen Expertenliste.

Die Struktur der IW-Website ist insgesamt schlanker geworden und die einzelnen Artikel sind stärker untereinander vernetzt. Jeweils unter einem Beitrag – ob aus dem iwd, dem Umwelt-Service oder den IW-Dossiers – stehen verwandte Artikel und Studien, die den Besucher auch noch interessieren könnten.

Die Website ist ein wichtiges Standbein, doch das IW Köln wartet nicht darauf, bis die User den Weg zu ihr finden, sondern geht gezielt dorthin, wo sich die Menschen mit Vorliebe tummeln. So erfahren Interessierte die Neuigkeiten aus dem IW auch über den Microblog Twitter und das soziale Netzwerk Facebook. Ein weiterer Baustein in der Online-Kommunikation sind die IW-Video Podcasts. In kurzen Interviews bewerten IW-Experten wirtschaftspolitische Entwicklungen und geben so weitere Anstöße zur Debatte. Wenn IW-Direktor Michael Hüther die jüngsten Kabinettsbeschlüsse einordnet oder Sozialexperte Jochen Pimpertz die Lage der Rentenkasse analysiert, klicken dies täglich etwa 2.000 Menschen an – sei es auf der IW-Website, im Videoportal Youtube oder im Multimediaprogramm iTunes. Damit passt sich die Öffentlichkeitsarbeit des IW Köln an die sich wandelnde Medienwelt an.

Das IW Köln im Netz:

www.iwkoeln.de

Twitter:

http://twitter.com/iw_koeln

Facebook:

<http://bit.ly/aTdUho>

Flickr:

<http://www.flickr.com/photos/iwkoeln>

iTunes:

<http://bit.ly/csha3L>

Youtube:

<http://www.youtube.com/iwkoelnKANAL>

Akademikermangel

Kluge Köpfe braucht das Land

Deutschland benötigt in Zukunft deutlich mehr Akademiker: Weil aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren viele Hochqualifizierte altersbedingt ihre Posten räumen, die dann neu besetzt werden müssen – und weil auch im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums permanent neue Jobs für Hochschulabsolventen entstehen. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) dürfte der Akademikermangel insbesondere in den neuen Bundesländern zu Engpässen führen.*)

Ob die Wirtschaft in Deutschland schrumpft, stagniert oder wächst, hängt nicht nur von den globalen Konjunktur-trends ab. Ein wichtiger Faktor für die heimischen Wachstumsperspektiven ist die Ressource Mensch. Denn eine Volkswirtschaft kann nur prosperieren, wenn schlaue Köpfe neue Produkte erfinden, innovative Dienstleistungen anbieten oder dazu beitragen, dass Güter besser beziehungsweise billiger gefertigt werden.

Ob es gilt, eine Augenoperation durchzuführen oder die neueste Zweiradgeneration zu entwickeln – in den meisten Berufen werden qualifizierte Fachkräfte gebraucht. Vor allem Akademiker haben gute Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt – ihre Zahl hat zuletzt stark zugelegt: Zwischen 1998 und 2008 stieg die Zahl der beschäftigten Akademiker von knapp 5,4 Millionen auf gut 6,5 Millionen an. Die Einkommensperspektiven der Hochschulabsolventen haben sich

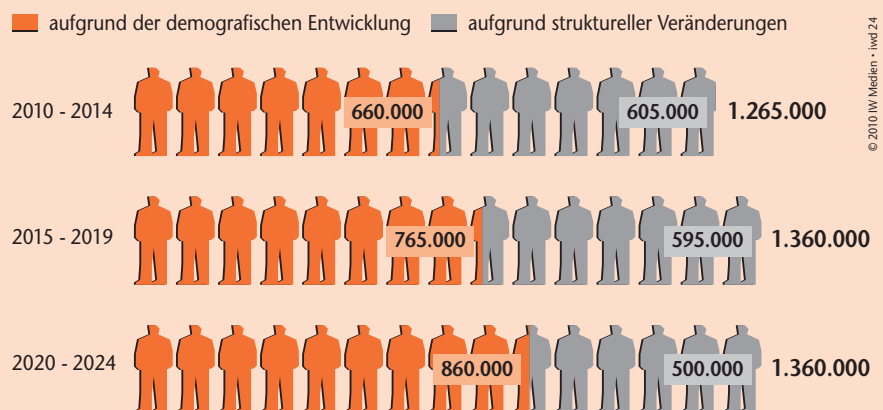
durch diese Zunahme nicht verschlechtert, im Gegenteil: Der Lohnvorteil für sie ist sogar größer geworden. Während ein Akademiker in Westdeutschland 1998 im Schnitt je Stunde 61 Prozent mehr verdiente als eine ungelernete Arbeitskraft, waren es 2008 bereits annähernd 78 Prozent. Und auch gegenüber Beschäftigten, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben, konnten Akademiker in den vergangenen zehn Jahren ihren Lohnvorsprung ausbauen.

In puncto Jobsicherheit stehen Akademiker ebenfalls besser da als geringere Qualifizierte: Hochschulabsolventen sind nicht nur am seltensten arbeitslos, auch der Rückgang der Erwerbslosigkeit ist bei ihnen zuletzt stärker ausgefallen als bei allen anderen Qualifikationsgruppen. Betrug die Arbeitslosenquote der

*) Vgl. Christina Anger, Axel Plünnecke: Droht durch den künftigen Akademikermangel eine Abnahme der Konvergenzchancen Ostdeutschlands?, in: IW-Trends 2/2010

Akademiker: Der Millionenbedarf

So viele Hochschulabsolventen werden in Deutschland gebraucht



IW-Prognose; Strukturelle Veränderungen: langfristige Expansion, Trend zur Höherqualifizierung, Nachfrageverschiebungen; Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Hochqualifizierten 1998 noch 5,7 Prozent, sank sie binnen zehn Jahren auf 3,3 Prozent.

In Zukunft dürfte die Nachfrage nach klugen Köpfen weiter steigen. Der Fachkräftebedarf einer Volkswirtschaft speist sich dabei aus zwei Quellen: dem demografischen Ersatzbedarf, der sich daraus ergibt, dass ältere Erwerbstätige aus dem Arbeitsleben ausscheiden und ersetzt werden müssen, sowie aus dem Expansionsbedarf, der auf strukturellen Veränderungen beruht. Hinter solchen Veränderungen können langfristige Expansionsphasen stehen, ein genereller Trend zur Höherqualifizierung oder aber auch Nachfrageverschiebungen in einem Land.

Der aus diesen beiden Komponenten resultierende Akademikerbedarf dürfte sich nach IW-Berechnungen wie folgt entwickeln (Grafik Seite 6):

Bis zum Jahr 2014 braucht Deutschland insgesamt knapp 1,27 Millionen Hochschulabsolventen. In den beiden darauf folgenden 5-Jahres-Perioden wird der Bedarf sogar auf jeweils 1,36 Millionen Akademiker steigen.

Während der Expansionsbedarf bis zum Jahr 2024 sukzessive sinkt, nimmt der demografische Ersatzbedarf zu. Hintergrund ist die Altersstruktur der momentan arbeitenden Akademiker: In den kommenden vier Jahren scheiden 660.000 Hochschulabsolventen aus Altersgründen aus dem Erwerbsleben aus, zwischen 2015 und 2019 werden es weitere 765.000 sein und zwischen 2020 und 2024 sogar 860.000. Wenn all diese Stellen wieder mit Akademikern besetzt werden sollen, dann müssen die Hochschulabsolventen der Zukunft wohl primär als Lückenfüller erhalten.

Dramatisch dürfte diese Entwicklung vor allem in den neuen Bundesländern werden, die aufgrund des ökonomischen Gefälles im Vergleich zu den alten Bundesländern immer noch einen Nachholbedarf haben.

Eine Szenariorechnung zeigt, wie sich die Akademikereingänge in den einzelnen Regionen Deutschlands entwickeln

Akademikermangel: Vor allem ein Problem im Osten

So viel Prozent der Hochschulabsolventen werden allein dafür benötigt, um die in Rente gehenden Akademiker zu ersetzen

	2010 - 2014	2015 - 2019	2020 - 2024
Sachsen-Anhalt Thüringen	65,3	84,6	91,1
Berlin, Brandenburg, Mecklenburg- Vorpommern	71,2	81,0	88,5
Sachsen	66,4	82,5	87,3
Hessen	50,8	53,9	65,4
Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	52,0	53,9	63,5
Bayern	49,7	49,1	61,3
Baden-Württemberg	46,6	48,3	58,8
Rheinland-Pfalz, Saarland	45,3	48,8	58,6
Nordrhein-Westfalen	47,2	48,4	58,4

IW-Prognose; Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kultusministerkonferenz

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien • iwd 24

werden. Dafür wurde dem demografischen Ersatzbedarf die zu erwartende Zahl der Hochschulabsolventen gegenübergestellt. Um diese zu ermitteln, setzt die Rechnung aber schon bei jenen an, die überhaupt für ein Studium infrage kommen:

Während in den westdeutschen Bundesländern aufgrund der doppelten Abiturientenjahrgänge mit einer starken Zunahme der Studienberechtigten zu rechnen ist, leidet der Osten bereits spürbar unter dem Geburtenrückgang und der Abwanderung vieler Menschen.

Selbst dann, wenn man in einem zweiten Schritt die Wanderungsbewegungen von Abiturienten zu einer Hochschule in einem anderen Bundesland berücksichtigt, ändert sich an dieser Prognose wenig: Die Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Ost und West driftet auseinander – in Bayern etwa wird die Zahl der Erstsemester im Zeitraum von 2015 bis 2019 gegenüber den vorhergehenden fünf Jahren um 13 Prozent steigen, in Sachsen-Anhalt dagegen sinkt sie im selben Zeitraum um 19 Prozent.

Was für die Studienanfänger gilt, setzt sich bei den Hochschulabsolventen fort: Im Westen erhöht sich die Zahl der Jungakademiker in den kommenden Jahren zunächst deutlich, bevor sie ab 2020

wieder leicht sinkt. Im Osten dagegen verlassen in den kommenden zehn Jahren immer weniger Studenten die Hochschulen. Für den Zeitraum zwischen 2020 und 2024 reicht die Absolventenzahl an Akademikern dann nur noch gerade dafür aus, den demografischen Ersatzbedarf zu befriedigen (Tabelle):

In den neuen Bundesländern werden zwischen 2020 und 2024 nur etwa 11 Prozent bzw. 24.400 von insgesamt 218.200 Hochschulabsolventen für neu geschaffene Stellen zur Verfügung stehen, der Rest muss die in Rente gehenden Akademiker ersetzen.

Im Westen dürfte die Lage deutlich entspannter sein: In Nordrhein-Westfalen etwa werden im selben Zeitraum voraussichtlich

nur 60 Prozent der Hochschulabsolventen gebraucht, um die demografische Lücke zu schließen. Dagegen stehen 40 Prozent bzw. rund 125.000 Studienabsolventen allein dafür zur Verfügung, den für Wachstumsprozesse erforderlichen Fachkräftebedarf zu decken.

Bundesweit gleiche Entwicklungschancen gäbe es nur dann, wenn es zu größeren Wanderungsbewegungen von im Westen ausgebildeten Akademikern gen Osten käme. Doch solange die Einkommen in den östlichen Bundesländern niedriger sind als im Westen, ist dies relativ unwahrscheinlich.

Aussichtsreicher ist dagegen die Idee, mehr Jugendliche aus dem Westen für ein Studium in Dresden, Rostock oder Ilmenau zu begeistern – in der Hoffnung, dass sie nach dem Abschluss auch dort wohnen und arbeiten werden und so zum Wachstum vor Ort beitragen.

Argumente für ein Studium im Osten gibt es bereits heute: Viele Hochschulen in den neuen Ländern weisen bessere Studienbedingungen auf als die Unis im Westen. Außerdem sind die Lebenshaltungskosten im Osten deutlich niedriger, was die Studienfinanzierung erleichtert. Sinnvoll wären darüber hinaus zusätzliche regionale Stipendienmodelle, die die Studenten gezielt in die ostdeutschen Regionen locken.

Globale Investitionen

Schwellenländer preschen vor

Die globale Investitionstätigkeit wird nach dem Einbruch im Jahr 2009 in diesem Jahr wieder deutlich stärker ausfallen. Vor allem in den Schwellen- und Entwicklungsländern dürften Regierungen und Unternehmen 2010 mit gut 6.100 Milliarden Dollar so viel investieren wie nie zuvor.

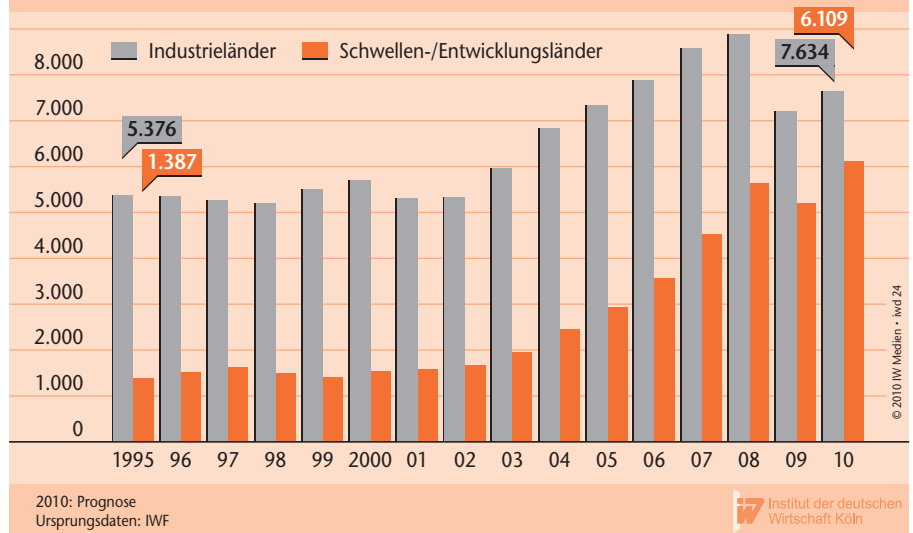
Die große Krise war einmal – die Weltwirtschaft ist bereits im vergangenen Jahr wieder in Fahrt gekommen und wird 2010 weiter deutlich an Tempo zulegen. So erwartet der Internationale Währungsfonds beispielsweise für die preisbereinigte Weltproduktion ein Plus von gut 4 Prozent. Das globale Investitionsvolumen dürfte nominal sogar um 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Damit tätigen private und staatliche Akteure 2010 weltweit Investitionen von mehr als 13.700 Milliarden Dollar.

Somit fließen zwar rund 780 Milliarden Dollar weniger in neue Produktionsanlagen, Bauten und Maschinen als im Rekordjahr 2008, aber immerhin schon wieder über 1.300 Milliarden Dollar mehr als während der Finanz- und Konjunkturkrise 2009. Im vergangenen Jahr schrumpften die Bruttoinvestitionen weltweit betrachtet nominal um 14,6 Prozent bzw. um gut 2.100 Milliarden Dollar gegenüber 2008.

Auch mit Blick auf die – aus entwicklungs- politischer Sicht – erschreckend

Globale Investitionen: Kräftige Erholung

Bruttoinvestitionen in Milliarden Dollar



lange Stagnationsphase der globalen Investitionstätigkeit von 1995 bis 2002 sehen die aktuellen Zahlen nicht schlecht aus: Das diesjährige Investitionsvolumen beläuft sich auf rund das Doppelte des damaligen Durchschnittsniveaus.

Im vergangenen Jahr hatten vor allem die etablierten Volkswirtschaften unter stark rückläufigen Investitionen zu leiden: Die Bruttoinvestitionen in den Industrieländern sackten um fast 19 Prozent weg.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer hingegen verzeichneten „nur“ ein Minus von knapp 8 Prozent. Und auch in diesem Jahr kommen die Impulse für die weltweite Investitionstätigkeit vor allem aus den aufstrebenden Volkswirtschaften wie etwa China und Indien, die bereits wieder kräftig aufrüsten (Grafik):

Mehr als zwei Drittel des absoluten Zuwachses bei den globalen Anlageinvestitionen entfallen 2010 auf die Schwellen- und Entwicklungsländer.

Es geht wieder voran in diesen Staaten – und dies stärkt das Fundament für das künftige Wirtschaftswachstum. Eine gute ökonomische Performance ist für die Entwicklungs- und Schwellenländer

wichtig, um eine ausreichende Versorgung der teilweise kräftig wachsenden Bevölkerung zu gewährleisten und den steigenden Wohlstandswünschen gerecht zu werden.

Die aufstrebenden Länder profitieren zudem zum Teil auch von den wieder anziehenden Rohstoffpreisen und den damit einhergehenden zusätzlichen Einnahmen. Hinzu kommt, dass die im Großen und Ganzen verbesserte Lage an den Kapitalmärkten die Finanzierungsbedingungen für den Erwerb neuer Maschinen und Produktionsanlagen oder auch den Bau von Wohnhäusern, Straßen und anderen Infrastruktureinrichtungen begünstigt.

Schon in der Zeit vor der jüngsten Wirtschaftskrise hatte sich das globale Investitionsvolumen immer stärker hin zu den Schwellen- und Entwicklungsländern verschoben. Entfielen im Zeitraum von 1995 bis 2002 durchschnittlich gut 22 Prozent der weltweit getätigten Investitionen auf diese Staaten, so kamen sie im Jahr 2008 bereits auf einen Anteil von fast 40 Prozent – in diesem Jahr sind es mit gut 6.100 Milliarden Dollar sogar annähernd 45 Prozent.

Für Adressaufkleber